

Landtagsinfo vom 27.01.2020

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

der Jahresbeginn war alles andere als unbeschwert. In Ladenburg wurde ein 26-jähriger, bestens integrierter Afghane, der in Ausbildung war, eiskalt abgeschoben. Die Begleitumstände waren skandalös, da der junge Mann unter einem Vorwand mit seiner Betreuerin in das Ausländeramt des Rhein-Neckar-Kreises gelockt worden war. Dort wurde er überfallartig verhaftet. Sein Betreuungskreis hat den festen Willen M. Nazari zurück zu holen. Angesichts einer 30-monatigen Wiedereinreisesperre wird das ein ganz schwieriges Unterfangen. Wir haben mit allen Mitteln, die wir hatten, versucht, diese Abschiebung zu verhindern. Das CDU-geführte Innenministerium hat N. als „Straftäter“ eingestuft, bei dem die zwischenzeitlich erfolgte Integration keine Rolle spielte. Ich versuche weiter nach besten Kräften zu helfen. Zunächst verlange ich restlose Aufklärung der Begleitumstände dieser Abschiebung. Ein schönes „Event“ waren Neujahrsempfang & Geburtstagsfeier des Kreisverbands Neckar-Bergstraße am 19. Januar. 40 Jahre sind ein Wort! Schön, dass so viele dabei waren. Herzliche grüne Grüße und viel Erfolg bei euren grünpolitischen Aktivitäten in den nächsten Wochen!
Euer Uli

Aus der Landespolitik

Baden- Württemberg bietet Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Flüchtlingslagern an

Die Zustände in den griechischen Flüchtlingslagern sind unhaltbar. Deutschland muss hier als Vorbild vorangehen und ein Zeichen setzen. Das ist Teil unserer europäischen Verantwortung und humanitär geboten. Landesregierung und grüne Landtagsfraktion haben die Bereitschaft zur Aufnahme insbesondere von unbegleiteten Jugendlichen und Kindern aus den griechischen Lagern angeboten. Leider geht das nicht ohne Erlaubnis der Bundesregierung. Diese weigert sich bisher noch. Insgesamt brauchen wir endlich eine gemeinsame europäische Lösung. Baden-Württemberg hat mit dem Sonderkontingent für Jesidinnen bereits eine wichtige Initiative ergriffen, die deutlich macht, dass sich der weltweite Einsatz für Menschenrechte lohnt – auch auf Landesebene. Mit Blick auf die in Gefangenschaft geborenen Kinder werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass wir für die betroffenen Frauen und Kinder eine sichere Zukunftsperspektive schaffen.

Zur Ermordung von 6 Menschen in Rot am See mit einer Sportwaffe

In Rot am See im Nordosten von Baden-Württemberg hat ein junger Mann mit einer Sportpistole 6 Verwandte kaltblütig getötet. Als registrierter Sportschütze hatte er ungehinderten Zugang zu der tödlichen Waffe. Seit dem Amoklauf von Winnenden 2010 sind bundesweit mehr als 80 Tote durch Waffen von Sportschützen und rund 250 Tote seit 1990 zu beklagen. Das ist nicht hinnehmbar. Wenn der Sportschützenverband nun sagt, dass man solche Fälle nicht verhindern könne, widersprechen wir. Wir haben erkennbar ein Problem, vor dem auch der Schützenbund nicht die Augen verschließen darf.

Uli Sckerl dazu: „Wir Grüne sind weit davon entfernt, Sportschützen pauschal unter Verdacht zu stellen. Aber es ist unsere Pflicht und Aufgabe, für eine möglichst optimale Sicherheit unserer Bürger*innen vor ungehinderten Waffengebrauch zu sorgen. Zu klären ist daher jetzt unter anderem, ob es zu weiteren Einschränkungen beim Erwerb, Besitz und Aufbewahren von Sportwaffen kommen muss. Wir Grüne fordern schon lange, dass Waffen nicht in Privatwohnungen gelagert werden dürfen. Und dass, wenn dies nicht durchgehend durchgesetzt werden könnte, in jedem Fall Waffen und Munition getrennt voneinander aufbewahrt werden müssen“.

Haushalt des Landes für 2020/21: Schwerpunkte der Innenpolitik

Der Haushalt für den Innenbereich steht nach langen Verhandlungen. Unser Bemühen ist, das Leben in Baden-Württemberg so sicher wie nur irgend möglich zu gestalten, und die Entwicklung der letzten Jahre gibt uns Recht: Baden-Württemberg ist eines der sichersten Länder im Bundesvergleich. Die Kriminalitätsrate sinkt weiter, sie ist so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Polizei

Wir werden in den nächsten zwei Jahren weitere 3000 Stellen für Auszubildende bei der Polizei schaffen mit dem Ziel, diese möglichst alle nach 3 Jahren Ausbildung in den Polizeidienst zu übernehmen. So wird die größte Einstellungsoffensive bei der Polizei in der Geschichte des Landes fortgesetzt und ein zentrales Versprechen des Koalitionsvertrags erfüllt. Auch die Stellensperre für die angestellten Tarifbeschäftigten der Polizei wird aufgehoben. Das Bachelorstudium wird reformiert.

Gefahren des Rechtsextremismus und Antisemitismus

Der Mord an Walter Lübke, der Anschlag in Halle, die Erkenntnisse über Zellen und Netzwerke bis in Kreise von Baden-Württemberg zeigen den Grad einer neuen Bedrohung.

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus stockt das Land Baden-Württemberg personell auf. Verfassungsschutz und Landeskriminalamt bekommen Mittel für neue Beobachtungs- und Ermittlungsschwerpunkte gegen den Rechtsextremismus.

Zum Schutz jüdischer Einrichtungen stellen wir insgesamt drei Mio. Euro zur Verfügung. Wir stehen jederzeit zu Gesprächen zur Verfügung,

wenn diese Mittel verbraucht sind. Außerdem unterstützten wir eine Weiterentwicklung des Staatsvertrages.

Cyberkriminalität

Im Kern steht der Aufbau einer Cybersicherheitsagentur. Sie koordiniert die privaten und staatlichen Akteure auf dem Gebiet der Cybersicherheit. Dieses Angebot gilt für die Wirtschaft, die Verwaltung, die Wissenschaft und auch die Forschung. Vier Millionen Euro pro Jahr sind dafür veranschlagt.

Schwerpunkte der Investitionen und Fördermittel

Breitband-Internet und Glasfasertechnologie bilden die Grundlage für die Digitalisierung in allen Lebens- und Arbeitsbereichen. Wir haben das Ziel bis 2025 flächendeckend gigabitfähige Netze im Land zu haben. Seit 2016 haben wir fast 2000 kommunale Breitband-Projekte mit insgesamt 450 Mio. Euro gefördert. Jetzt planen wir weitere 610 Mio. Euro für die Breitbandförderung.

Stärkung des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes

Wir reagieren ohne Verzögerung auf die erhöhte Schätzung des Feuerschutzaufkommens und bauen das Personal der Landesfeuerweherschule aus. Wir fördern den Rettungsdienst zeitgemäß. Umfangreiche Baumaßnahmen im Bereich des Rettungsdienstes sind deshalb von Nöten. Hierfür stellen wir Mittel in Höhe 5 Mio. Euro in den Haushalt ein.

Die Leitstellen als wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden wir stärken, insbesondere im Hinblick auf eine einheitliche und vernetzte Technik und Software. Hierfür werden wir insgesamt 700 000 EUR bereitstellen.

Konzeption „Sicherer Öffentlicher Raum“

Auch wenn das Leben in Baden-Württemberg so sicher wie lang nicht mehr ist, gibt es immer neue Herausforderungen. Traurige Realität ist, dass die Anzahl der Sexualstraftaten zunimmt, sich Fälle von häuslicher Gewalt häufen und die Bedrohung durch neue Formen des Rechtsextremismus und des Antisemitismus wächst.

Im Mittelpunkt steht dabei für uns die Frage, wie sicher wir den Aufenthalt im öffentlichen Raum gestalten können. Wir haben jetzt ein neues Konzept für sichere öffentliche Räume vorgelegt, welches so einmalig in der Bundesrepublik sein dürfte.

Unter Federführung des Innenministeriums und unter Beteiligung der Fraktion GRÜNE und CDU wurde eine ressortübergreifende Kabinettsvorlage erarbeitet. Neben dem Innenministerium waren auch das Justizministerium, das Verkehrsministerium, das Wirtschaftsministerium und das Sozialministerium beteiligt.

Wir vernetzen Akteure, entwickeln die kommunale Kriminalprävention weiter, bauen Hilfs- und Beratungsangebote aus, stärken die Straßensozialarbeit und nehmen städtebauliche Aspekte in den Blick. Wer Interesse an dieser Konzeption hat, melde sich bitte.

AfD-Etatanträge mit völkisch- nationalem Grundton

Bei den zahlreichen Änderungsanträgen der AfD zum neuen Haushalt findet sich das übliche Muster. So sollen die Mittel für den Bereich Migration um 40% pauschal gekürzt werden. Die Mittel für die Landeszentrale für Politische Bildung und den Schülerwettbewerb zur Förderung der politischen Bildung sollen mit Ausnahme der Gedenkstätten komplett gestrichen werden. "Die Landeszentrale für politische Bildung und ihre Programme verfehlen das Ziel der ideologiefreien, demokratischen Bildung der Bürger", so die schriftliche Begründung der AfD.

Statt erneut die Streichung der NS-Gedenkstätten zu fordern, sollen jetzt „Studienfahrten zu [nicht näher benannten] bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“ finanziert werden. „Wir streben die Vermittlung eines ausgewogenen Geschichtsbildes an. Besonders kreativ mutet die weiterfolgende Begründung der Rechtsaußen-Truppe an. „Angesichts des Zuzugs von Migranten ist die Vermittlung eines positiven Bildes Deutschlands und der deutschen Geschichte wichtig, um den Heranwachsenden eine positive Identifikation mit Deutschland zu ermöglichen.“ Dabei sollen Migrant*innen und insbesondere Geflüchtete doch sonst abgeschoben werden.

Im sozialen Bereich will die AfD mit ihren Änderungsanträgen umfänglich sparen. Das selbstgezeichnete Bild der AfD als Partei des kleinen Mannes wird dabei deutlich konterkariert. Stattdessen finden sich neoliberale Absichten in den Bereichen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Auch sollen die Zuschüsse für Förderprogramme zur Gleichstellung in der Wirtschaft bis auf einen kleinen Restbetrag von rund 2 Prozent gestrichen werden. Denn, so die Alt-Herren-Überlegung der AfD, „Frauenförderungen werten die tatsächlichen Leistungen von Frauen ab.“ Wer mehr über die Haushaltspläne der AfD erfahren möchte, sei auf die von mir geschätzte Kontext: Wochenzeitung verwiesen:

<https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/454/nationalistische-keule-6386.html>

Mehr Geld für Weiterbildung

Unter grüner Regierung haben wir die Mittel der Weiterbildung fast verdreifacht. Zu den bislang 24 Millionen jährlich kommen im Doppelhaushalt 2020/21 nochmal 8 Millionen Euro oben drauf. Wir wollen gerechte Zugangschancen zum lebensbegleitenden Lernen unabhängig von sozialer oder regionaler Herkunft. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist lebenslanges Lernen ein zentraler Baustein.

Mit der Erhöhung der allgemeinen Grundförderung tragen wir maßgeblich dazu bei, dass Weiterbildungsangebote im Land bezahlbar sind und wir stärken die Volkshochschulen als zentrale Träger. Wir unternehmen damit zudem einen weiteren Schritt den Landeszuschuss auf den Bundesdurchschnitt anzuheben.

Daher sollten nicht nur Berufstätige, sondern auch Seniorinnen und Senioren, pflegende Angehörige oder ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe von steuerfreien Fortbildungskursen profitieren.